

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 99 (2019)
Heft: 1072

Vorwort: Editorial
Autor: Grob, Ronnie

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

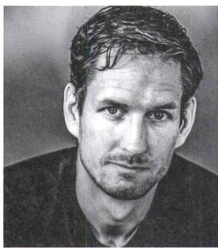
Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

«Streit unter Eidgenossen soll von den Einsichtigsten geschlichtet, deren Entscheidung von allen geschützt werden.»

Bundesbrief von 1291 (Punkt 5, aus dem Lateinischen adaptiert)



Ronnie Grob
Chefredaktor

Schlechtestes Ergebnis aller Zeiten bei einer Nationalratswahl, mit 29 Sitzen nur noch die fünftgrösste Fraktion, der zweite Bundesratssitz akut gefährdet: Wie von vielen erwartet, hat nicht die grünlackierte FDP bei den Wahlen zugelegt, sondern jene Originale, denen sie sich angleichen wollte, um die Trends der Stunde für sich zu nutzen. Dass die Gegner liberaler Politik bei den Sozialisten aller Lager zu suchen sind, scheinen einige im bürgerlichen Lager vergessen zu haben.

Verantwortlich für den verunglückten Linksgrünswenk der FDP sind aber auch die Wahlkampfstrategen der SVP: Wie nur kann man FDP und CVP, die langjährigen Partner im Bürgerblock, in einem Inserat als Gewürm darstellen – und sich danach wundern, dass diese nur noch wenig Lust auf Listenverbindungen verspüren? Wer derart stillos und ruppig mögliche Partner mit Insekten gleichsetzt, treibt sie direkt in die Arme der Linken und Grünen und ermöglicht so grünsoziale Mehrheiten. Das ist verantwortungslos.

Was Einigkeit heisst, machen derzeit just die Linken vor. Die durchschnittlichen Positionen der gewählten Nationalräte von SP und Grünen sind gemäss Smartvote nahezu deckungsgleich. An sich handelt es sich bei den Grünsozialen um ein und dieselbe Partei: Sie will noch mehr Sozialstaat, noch mehr grüne Politik, noch mehr Verbote, aber mit Sicherheit keine liberale Wirtschaftspolitik. Dass die Verlierer von der SP den grünen Gewinnern noch am Wahlabend zum Erreichen des gemeinsamen Ziels «Linksrutsch» gratuliert haben, überrascht nicht.

Kann man sich eine solche Einigkeit im bürgerlichen Lager vorstellen? Bei den alten Politikern leider nicht. Jungfreisinnige und Vertreter der Jungen SVP dagegen sind sich in den meisten Fragen einig, kommen gut miteinander aus und interessieren sich nicht für die grösseren und kleineren Verletzungen aus der Vergangenheit, die ihre Senioren davon abhalten, vernünftig zusammenzuarbeiten. Deren Uneinigkeit rückt die Schweiz immer weiter nach links, zum Leidwesen der bürgerlichen Wähler, die bald nicht mehr wissen, welche Partei ihnen eigentlich noch bleibt.

Braucht es denn erst eine veritable Krise, um diesen Streit beizulegen? Die drei klassischen bürgerlichen Parteien sind aufgefordert, wieder aufeinander zuzugehen und gemeinsam mit weiteren Mitteparteien Lösungen zu finden. Solange sich die Bürgerlichen nicht zusammenraufen, machen die Linken die Gesetze. ◀